



Dr. Hahn & Christiansen
Rechtsanwälte in Kooperation

RA Dr. Thorsten Hahn
Kieler Str. 72
24119 Kronshagen
Tel.: 0431/240010
recht@hahn-kiel.de
www.hahn-kiel.de

RAin Ulrike Christiansen
Lise-Meitner-Str. 2
24941 Flensburg
Tel.: 0461/5058053
recht@christiansen-fl.de
www.christiansen-fl.de

Ausgabe: private Mandanten

Nr. 4 / 2005

Verkehrsrecht

Gebrauchtwagenkauf: Kolbenfresser bei 88.000 Kilometern

Tritt bei einem viereinhalb Jahre alten modernen Mittelklassewagen (Opel Vectra Diesel) bei einem Kilometerstand von nur 88.000 ein schwerer Motorschaden auf und war der Motor ausreichend mit Schmier- und Kühlmittel befüllt, spricht nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt eine sichere Vermutung dafür, dass ein technischer Mangel ursächlich für den Motorschaden war. Einen vom Verkäufer behaupteten Bedienungsfehler zog das Gericht als Ursache eines so genannten „Kolbenfressers“ unter den heutigen technischen Bedingungen nicht ernstlich in Erwägung.

Steht somit fest, dass der Pkw bereits bei der Übergabe einen Motorschaden hatte, kann der Käufer die Kosten für den Einbau eines Austauschmotors ersetzt verlangen.

Urteil des OLG Frankfurt vom 04.03.2005
24 U 198/04 - OLGR Frankfurt 2005, 526

Schadenspauschale bei Nichtabnahme eines Neuwagens

Eine Klausel in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen eines Kaufvertrags über ein fabrikneues Fahrzeug, wonach der Käufer 15 Prozent des Kaufpreises als Schadensersatz zu leisten hat, wenn er den Wagen grundlos nicht abnimmt, ist rechtlich nicht zu beanstanden. Eine solche Schadenspauschale übersteigt nicht den im Neuwagenhandel branchentypischen Durchschnittsgewinn.

Urteil des OLG Jena vom 26.04.2005
8 U 702/04
DAR 2005, 399

Teurer Parkplatz durch Missbrauch eines Behindertenausweises

Eine junge Frau parkte ihren Pkw circa eine Stunde auf einem gebührenpflichtigen Parkplatz in der Nürnberger Innenstadt. Um die Parkgebühren zu sparen, legte sie den Schwerbehindertenausweis ihrer nicht anwesenden Mutter auf das Armaturenbrett. Als sie wegfahren wollte, flog der Schwindel durch eine Kontrolle auf. Die Polizei brachte den Vorfall zur Anzeige.

Der Amtsrichter sah in dem Verhalten der Frau einen strafbaren Missbrauch von Ausweispapieren und sprach eine Geldstrafe von 40 Tagessätzen à 60 Euro aus. Somit kostete die einstündige Parkzeit ohne Berücksichtigung von Gerichtskosten und Anwaltsgebühren „satte“ 2.400 Euro.

Urteil des AG Nürnberg vom 21.04.2005
55 Cs 702 Js 62068/04
DAR 2005, 410

Strafmaß bei 170 km/h auf Landstraße

Überschreitet ein Autofahrer die auf einer Landstraße angeordnete Geschwindigkeitsbegrenzung von 70 km/h um 100 km/h, ist von einer vorsätzlichen Begehungsweise des Verkehrsverstoßes auszugehen, da selbst die auf Landstraßen allgemein geltende zulässige Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h erheblich überschritten wurde.

Dies rechtfertigt die Verhängung eines erhöhten Bußgeldes von 450 Euro und eines dreimonatigen Fahrverbots.

Beschluss des OLG Hamm vom 30.03.2005
4 Ss OWi 173/05 - DAR 2005, 407

Hausverkäufer muss ungefragt auf schikanöse Nachbarn hinweisen

Der Verkäufer eines Einfamilienhauses muss den Käufer ungefragt über alle Umstände aufklären, die für den Kaufentschluss wesentlich sind. Hierzu gehört - so das Oberlandesgericht Frankfurt - auch der Hinweis auf außergewöhnlich schikanöse Nachbarn.

Bei einem verharmlosenden Hinweis des Verkäufers, dass der Nachbar schon mal laut sei, muss der Käufer nicht bereits nach kürzester Zeit mit erheblichen Belästigungen seitens des Nachbarn rechnen, die sich hier in nächtlichem Lärm, Beleidigungen und Morddrohungen äußerten. War dem Verkäufer das asoziale Verhalten des Nachbarn bei Vertragsschluss bekannt und unterlässt er einen deutlichen Hinweis darauf, kann der Käufer den Kaufvertrag rückgängig machen und Schadensersatz verlangen.

Urteil des OLG Frankfurt/Main vom 20.10.2004
4 U 84/01
Pressemitteilung des OLG Frankfurt

Zulässige „Aufweichung“ von Renovierungsintervallen

Ist in einem Formularymietvertrag ein vierjähriges Intervall für die Durchführung von Schönheitsreparaturen, wie das Streichen der Fenster, Türen, Heizkörper, Versorgungs- und Abflussleitungen sowie der Einbaumöbel in Küchen und Bädern vorgesehen, liegt darin keine unangemessene Benachteiligung des Mieters.

Der Bundesgerichtshof ließ auch folgende zusätzliche Klausel rechtlich unbeanstandet, mit der praktisch eine „Aufweichung“ der Renovierungsintervalle verbunden ist: „Lässt in besonderen Ausnahmefällen während der Mietzeit der Zustand einzelner Räume der Wohnung eine Verlängerung der vereinbarten Fristen zu oder erfordert er eine Verkürzung, so kann der Vermieter nach billigem Ermessen die Fristen des Plans bezüglich der Durchführung der einzelnen Schönheitsreparaturen verlängern oder verkürzen“. Die Karlsruher Richter begründeten ihre Entscheidung damit, dass die Abänderung

der Fristen für den Mieter stets nur dann verbindlich ist, wenn sie der „Billigkeit“ entspricht (§ 315 Abs. 1 BGB). Der Vermieter muss demzufolge auf die Interessen des Mieters in angemessener Weise Rücksicht nehmen. Verlangt er vom Mieter die Ausführung von Schönheitsreparaturen, ohne dass tatsächlich ein Renovierungsbedarf besteht, entspricht dies nicht einem billigen Ermessen.

Urteil des BGH vom 16.02.2005
VIII ZR 48/04
NJW 2005, 1188

Kein Anspruch auf Einzeljahresabrechnung für eine vermietete Wohnung

Der Verwalter einer Eigentumswohnanlage ist ohne gesonderte Vereinbarung nicht verpflichtet, für eine vermietete Wohnung eine Einzeljahresabrechnung zu erstellen, die gegenüber dem Mieter einer der Eigentumswohnungen unverändert als wirksame Betriebskostenabrechnung verwendet werden kann.

Beschluss des BayObLG vom 04.04.2005
ZZ BR 198/04
BayObLGR 2005, 407

Bemessungsgrundlage für Mietminderung

Hat der Mieter wegen eines Mangels einen Anspruch auf Mietminderung, kann er einen bestimmten Prozentsatz der geschuldeten Zahlung einbehalten. Der Bundesgerichtshof stellt hierzu klar, dass Bemessungsgrundlage für die Minderung stets die Bruttomiete (Mietzins einschließlich aller Nebenkosten) ist. Dabei ist unerheblich, ob die Nebenkosten als Pauschale oder Vorauszahlung geschuldet werden.

Urteil des BGH vom 06.04.2005
XII ZR 225/03 - BGHR 2005, 895
NJW 2005, 1713

Steuerrecht

Vertragsstrafen für vorzeitigen Arbeitsplatzwechsel als Werbungskosten

Ein Arbeitgeber darf von seinem Arbeitnehmer aufgrund einer entsprechenden Vereinbarung die (teilweise) Rückzahlung von Aus- und Fortbildungskosten verlangen, wenn dieser selbst kündigt oder durch sein Verhalten zu einer Kündigung des Arbeitgebers Anlass gibt. Arbeitnehmer, die wegen eines vorzeitigen Arbeitsplatzwechsels eine Vertragsstrafe zahlen müssen, können den Betrag als Werbungskosten abziehen, da die Zahlung objektiv im Zusammenhang mit dem neuen Arbeitsverhältnis steht und dessen Förderung dient.

Urteil des FG Düsseldorf vom 12.04.2005
3 K 4223/03 E
Pressemitteilung des FG Düsseldorf

Ausnahmsweise Absetzbarkeit ausländischen Schulgelds

Der Bundesfinanzhof weicht erstmals von seinem Grundsatz ab, dass Eltern das für ihre Kinder gezahlte Schulgeld für eine ausländische Schule nicht gemäß § 10 Abs.1 Nr. 9 EStG als Sonderausgabe abziehen können. Handelt es sich um eine von der Kultusministerkonferenz anerkannte ausländische Schule, kann das Schulgeld steuermindernd geltend gemacht werden. In einem derartigen Fall ist - so die Begründung - eine steuerliche Bevorzugung reicher Eltern nicht zu befürchten.

Urteil des BFH vom 14.12.2004
XI R 32/03
Pressemitteilung des BFH

Versicherungsrecht

Hausratversicherung trägt nicht Kosten der Datenrettung

Die Rettung von Daten bei Festplattendefekten ist meist nur mit erheblichem finanziellen Aufwand durch hierauf spezialisierte Unternehmen möglich. Das Landgericht Stuttgart weist darauf hin, dass die Wiederherstellung von auf Festplatten gespeicherten privaten Daten nicht in den Schutzbereich einer Hausratversicherung fällt, da individuelle Daten eines PC-Nutzers nicht zu einer Wert-erhöhung der Festplatte und damit des Computers führen.

Urteil des LG Stuttgart vom 25.08.2004
5 S 106/04
JurPC Web-Dok. 83/2005

Schadensminderungspflicht bei Inanspruchnahme eines Mietwagens

Wer unverschuldet in einen Verkehrsunfall verwickelt wird, hat Anspruch auf Ersatz der Kosten für einen Mietwagen während der Reparaturdauer. Im Rahmen seiner Schadensminderungspflicht hat der Geschädigte die Kosten allerdings möglichst gering zu halten.

Kann durch eine Notreparatur (hier Justierung des Kofferraumdeckels) der Unfallwagen fahrbereit gemacht werden, ohne dass dadurch die Schadensbegutachtung beeinträchtigt wird, muss die Reparatur zur Schadensminderung ausgeführt werden. Geschieht dies nicht, kann kein Ersatz von Mietwagenkosten verlangt werden. Auch wenn es durch teilweise zu Unrecht geltend ge-

machte Unfallschäden und die damit verbundene Überprüfung zu Verzögerungen der Reparatur kommt, kann für diese Zeit kein Ersatz der Mietwagenkosten verlangt werden.

In dem vom Oberlandesgericht Celle entschiedenen Fall blieb der Geschädigte auf über 16.000 Euro (!) Mietwagenkosten bzw. Nutzungsausfall sitzen.

Urteil des OLG Celle vom 28.04.2005
14 U 243/04
OLGR Celle 2005, 341

Krankengeldtageversicherung: unerlaubte Tätigkeit während Arbeitsunfähigkeit

Geht ein Versicherter während der krankheitsbedingten Inanspruchnahme seiner Krankengeldtageversicherung einer Erwerbstätigkeit nach, kann die Versicherung den bestehenden Vertrag auch ohne vorherige Abmahnung fristlos kündigen. So entschied das Oberlandesgericht Zweibrücken im Fall eines Mannes, der während seiner angeblichen Arbeitsunfähigkeit in der Gastwirtschaft seiner Frau sowohl im Service als auch im Verwaltungsbereich in erheblichem Umfang mitgearbeitet hatte.

Urteil des OLG Zweibrücken vom 16.02.2005
1 U 63/04
NJW Heft 28/2005, Seite XVI

Arbeits-, Beamten- und Sozialrecht

Versetzung eines Lehrers wegen Sektenzugehörigkeit

Die Schulbehörde darf eine Realschulrektorin auf einen Referentenposten versetzen, wenn diese einer Sekte (hier „Zentrum des Lichts“) angehört. Lehrer, die sich aktiv für eine undemokratische Vereinigung engagieren, müssen - so die Begründung des Oberverwaltungsgerichts Koblenz - von Schülern ferngehalten werden.

Beschluss des OVG Rheinland-Pfalz vom 25.02.2005
2 B 12250/05 - Pressemitteilung des OVG Rheinl.-Pfalz

Kein Arbeitsunfall bei geringfügigem Umweg

Erleidet ein Arbeitnehmer oder eine gleichgestellte Person auf dem Weg zur Arbeit einen Unfall, besteht eine Absicherung über die gesetzliche Unfallversicherung. Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts sind kleine, privaten Zwecken dienende Umwege, die nur zu einer unbedeutenden Verlängerung des Weges führen, für den beruflichen Versicherungsschutz dann unschädlich, wenn die privaten Besorgungen im Bereich der Straße, die den direkten Weg zum Arbeitsplatz darstellt, sozusagen „im Vorbeigehen“ erledigt werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat diese Rechtsprechung nun bestätigt. Jede über dieses Maß hinausge-

hende Abweichung vom Weg berechtigt die gesetzliche Unfallversicherung, den Versicherungsschutz zu verweigern. Ein versicherter Wegeunfall liegt danach bereits dann nicht mehr vor, wenn der Versicherte 100 Meter vom üblichen Weg abweicht und dies zu einer Fahrtunterbrechung von nur fünf bis zehn Minuten führt.

Beschluss des BVerfG vom 30.11.2004
1 BvR 1750/03
DAR 2005, 323

Keine Kündigung bei Schläfchen auf Betriebstoilette

Wird ein Arbeitnehmer erstmalig schlafend auf der Betriebstoilette angetroffen, rechtfertigt dies in der Regel weder eine fristlose noch eine ordentliche Kündigung. Dies gilt insbesondere bei einer 18-jährigen Betriebszugehörigkeit des Mitarbeiters.

Hinweis: In derartigen Fällen ist wohl grundsätzlich auch eine vorherige Abmahnung erforderlich.

Urteil des LAG Hamm vom 26.11.2004
15 Sa 463/04
NJW-Spezial 2005, 322

Familien- und Erbrecht

Formwirksames Privattestament trotz maschinengeschriebener Überschrift

Ein privatschriftliches Testament ist nur dann formwirksam erstellt, wenn der Text vom Erblasser handschriftlich niedergelegt und eigenhändig unterschrieben ist.

Wurde vom Erblasser lediglich die Überschrift „Testament“ mit Schreibmaschine erstellt, so führt dies dann nicht zur Nichtigkeit des ansonsten handschriftlich geschriebenen und unterschriebenen Testaments, wenn der eigenhändig geschriebene Teil als selbstständige Verfügung für sich einen abgeschlossenen Sinn ergibt.

Beschluss des BayObLG vom 09.03.2005
1Z BR 112/04
BayObLGR 2005, 419

Erstattung von Detektivkosten im Unterhaltsprozess

Zum Nachweis der Voraussetzungen der Verwirkung eines Unterhaltsanspruchs wegen eines intimen Verhältnisses eines Ehegatten zu einem anderen Partner kann die Einschaltung eines Detektivs notwendig sein. Wird im Unterhaltsprozess der entsprechende Nachweis erbracht, hat der vergeblich auf Unterhalt klagende und des Ehebruchs überführte Ehegatte dem anderen die angefallenen Detektivkosten zu erstatten. Das Oberlandesgericht Schleswig hält auch bei „normalen“ finanziellen Verhältnissen Observationskosten in Höhe von über 60.000 Euro für erstattungsfähig, wenn diese zu den ansonsten vom Unterhaltspflichtigen zu zahlenden Unterhaltsbeträgen nicht in einem krassen Missverhältnis stehen.

Beschluss des OLG Schleswig vom 26.05.2005
15 WF 363/04
OLGR Schleswig 2005, 561

Kein Eintritt in bestehendes Mietverhältnis bei unverheirateten Paaren

Für eine Mietwohnung kann der Familienrichter bestimmen, dass ein von beiden Ehegatten eingegangenes Mietverhältnis von einem Ehegatten allein fortgesetzt wird oder dass ein Ehegatte anstelle des anderen in ein von diesem eingegangenes Mietverhältnis eintritt. Dies regelt § 5 Hausratsverordnung.

Das Oberlandesgericht Hamm hat entschieden, dass diese Vorschrift nicht auf die Partner einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft anwendbar ist. Sie können vom Vermieter einer Wohnung daher nicht verlangen, nach dem Auszug eines Partners aus der gemeinsamen Wohnung als neuer Mieter in das bestehende Mietverhältnis aufgenommen zu werden.

Beschluss des OLG Hamm vom 11.04.2005
4 WF 86/05 - Pressemitteilung des OLG Hamm

Rangfolge bei mehreren Unterhaltsberechtigten

Nicht selten reichen die Einkünfte eines Unterhaltspflichtigen nicht zur vollen Befriedigung aller Unterhaltsberechtigten aus. Stehen in einem solchen Fall sowohl minderjährigen unverheirateten oder privilegierten volljährigen Kindern als auch einem geschiedenen Ehegatten Unterhaltsansprüche zu, ist der Unterhaltsanspruch eines neuen Ehegatten auch dann nachrangig, wenn der geschiedene Ehegatte seinen Unterhaltsanspruch nicht geltend macht. Der neue Ehegatte kann nur dann Unterhalt verlangen, wenn nach den Unterhaltszahlungen an die Kinder noch ein freier Betrag zur Verfügung steht.

Urteil des BGH vom 13.04.2005
XII ZR 273/02 - GHR 2005, 1054

Bank- und Anlagerecht

Kapitalanlage: keine „worst-case-Betrachtung“ bei fremden Anlagemodellen

Das Oberlandesgericht München schränkt die Beratungs- und Hinweispflicht von Banken ein, wenn diese nicht Urheber eines von ihnen vermittelten hoch spekulativen Anlagemodells sind. In derartigen Fällen müssen sie ihre Kunden lediglich in verständlicher Weise auf die Risiken des Fonds, eines etwaigen Fremdwährungskredits und auf eine Nachschusspflicht hinweisen. Eine so genannte „worst-case-Betrachtung“, bei der dem Anleger in einer Gesamtschau das Zusammenwirken von einzelnen Risiken und der Finanzierung erläutert wird, muss die Bank nur leisten, wenn das Anlagemodell von ihr selbst stammt und dem Kunden offeriert wird.

Urteil des OLG München vom 13.05.2005
19 U 2619/04
Pressemitteilung des OLG München

Auszahlungsanspruch bei 30 Jahre altem Sparbuch

Solange ein Sparbuch ein Guthaben aufweist, muss die kontoführende Bank den ausgewiesenen Betrag ausbezahlen, es sei denn, sie weist eine im Sparbuch - aus welchen Gründen auch immer - nicht vermerkte Auszahlung nach.

Diese Beweislastregelung gilt auch bei sehr alten Sparbüchern. So verurteilte das Landgericht Frankfurt am Main eine Bank zur Auszahlung des Guthabens eines Sparbuchs, dessen letzte Einzahlung bereits 30 Jahre zurücklag. Das Geldinstitut konnte in diesem Fall vom Sparbuchinhaber nicht den Nachweis verlangen, dass in der Zwischenzeit keine Abhebung erfolgt war.

Urteil des OLG Frankfurt/Main vom 22.10.2004
2 U 12/04 - OLGR Frankfurt 2005, 310